Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung des Kollegen Solf **abgelehnt**.

(Unruhe)

– Bevor ich zu Tagesordnungspunkt 5 komme, darf ich Sie zunächst einmal bitten, etwas Ruhe im Saal herzustellen.

Ich habe die unangenehme Pflicht, den Minister und Abgeordneten Uhlenberg zu rügen. Der Minister und Abgeordnete Uhlenberg hat heute Mittag gegen 12:35 Uhr bei Tagesordnungspunkt 3 zum Thema PFT, während einer Rede des Abgeordneten Remmel von Bündnis 90/Die Grünen ausweislich des Protokolls die Zwischenrufe: „Das war die vierte Lüge!“, und: „Die fünfte Lüge, in drei Minuten fünfmal gelogen!“ gemacht.

(Zurufe von CDU, SPD und GRÜNEN)

– Ganz ruhig, bitte. – Diese Begriffswahl entspricht nicht der parlamentarischen Ordnung. Deshalb ist die Verwendung dieser Worte zu rügen.

(Sören Link [SPD]: Die Nerven liegen blank bei der Regierung! – Weitere Zurufe)

Ich rufe auf:

5 Hochschulmedizingesetz (HMG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4837

erste Lesung

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass heute keine Debatte dazu erfolgt. Die Einbringungsrede der Landesregierung wird zu Protokoll gegeben, wenn ich das richtig mitbekommen habe (siehe Anlage). Gibt es jemanden, der dazu etwas sagen möchte? – Frau Dr. Seidl. Auch das wird zu Protokoll gegeben (siehe Anlage). Damit haben wir auch den Tagesordnungspunkt 5 behandelt.

(Zuruf von der FDP: Überweisungsempfehlung!)

– Ich höre gerade, wir müssen noch über die Empfehlung abstimmen, den Gesetzentwurf zu überweisen. – Das sind sozusagen die Frühfolgen des Lärms im Plenarsaal auf die amtierende Präsidentin.

Wer möchte der Empfehlung des Ältestenrats folgen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/4837** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu überweisen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Zustimmung aller Fraktionen so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 19. September 2007, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Nachmittag sowie eine gute und sichere Fahrt nach Paderborn, ein schönes Wochenende und alles, was Sie sich selbst wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:44 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage zu PIPr 14/68

Von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart zu TOP 5 – Hochschulmedizingesetz (HMG) – zu Protokoll gegebene Rede:

Das Gesetzesvorhaben, das der Landtag heute erstmals berät, betrifft einen der anerkannt starken Forschungsbereiche in Nordrhein-Westfalen: die Lebenswissenschaften. Dies ist einer der Zukunftsbereiche für NRW, weil hier zwei Dinge zusammenkommen: erstens eine weltweit atemberaubende Dynamik in Forschung und Entwicklung, zweitens bereits vorhandene Stärke in NRW und damit die Chance, mit dem weltweiten Fortschrittstempo nicht nur mitzuhalten, sondern es mitzubestimmen. Exzellente Bereiche der Medizinforschung und hervorragende Patientenversorgung in unserem Land haben schon heute Strahlkraft weit über NRW hinaus.

Das ist keine Behauptung. Dafür gibt es starke Belege. Im März hat die Deutsche Krebshilfe das „Centrum für Integrierte Onkologie Köln-Bonn“ der beiden Universitäten als eines von vier deutschen Spitzenzentren patientennaher Forschung ausgezeichnet. Im Juni hat die Max-Planck-Gesellschaft entschieden, dass ihr neues Institut für Biologie des Alterns nach Köln kommt. Ein Erfolg, der für NRW gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Hinzu kommt: Eine Expertenkommission unter Leitung von Prof. Dichgans hat in unserem Auftrag die Hochschulmedizin in NRW insgesamt begutachtet und dabei für alle sieben Hochschulmedizinstandorte in NRW Potenzial und Ansatzpunkte identifiziert, um die Forschung noch stärker zu profilieren und die internationale Sichtbarkeit zu erhöhen.

Weil wir dafür zusätzlichen Anschub geben wollen, legen wir jetzt ein neues Programm zur Vergabe von Forschungsprofessuren auf. Damit eröffnen wir den Hochschulen die Chance, ihre besonderen Stärken durch forschungsorientierte Schwerpunktprofessuren und mit herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu verstärken. Ab 2008 stellen wir dafür jährlich rund 3,8 Millionen € für maximal sechs Forscherteams in NRW zur Verfügung.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass exzellente Forschung und Lehre an den Universitätsklinika und bestmögliche Patientenversorgung ein dauerhaft tragfähiges wirtschaftliches Fundament haben. Nur wenn die Organisati-

onsstrukturen mithalten, kann die Hochschulmedizin ihr Potenzial auch ausreizen. Mit dem neuen Hochschulmedizingesetz, das wir Ihnen heute zur Beratung vorlegen, wollen wir genau dies erreichen.

Von Anfang an haben wir gesagt, dass es uns dabei nicht um Privatisierung als Selbstzweck geht und schon gar nicht um jeden Preis. Dabei bleiben wir. Und genau dem entspricht auch der Gesetzentwurf. Er zielt darauf, allen Standorten der Hochschulmedizin in NRW Rahmenbedingungen zu bieten, die ihnen – als konsequente Weiterentwicklung des Hochschulfreiheitsgesetzes – individuell neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Das Gesetz soll passgenaue Lösungen für jede der sechs Universitätsklinika und sieben Fakultäten möglich machen: Lösungen, die ihnen erlauben, die Forschung zu profilieren, die Leitungsstrukturen zu stärken und Bauinvestitionen zu beschleunigen.

Konkret bedeutet dies:

Der Vorstand der Universitätsklinika soll mehr Kompetenzen und Zuständigkeiten erhalten.

Die hohen Investitionsbedarfe, landesweit auf insgesamt rund 1,8 Milliarden € geschätzt, sollen zum einen durch Bauinvestitionen des Landes und zum anderen durch ÖPP-Modelle möglichst schnell erfüllt werden.

Und um die Klinika wirtschaftlicher zu führen, sollen sie verpflichtet werden, bei Verwaltungsaufgaben eng zu kooperieren. Das Modell dafür sind sogenannte Soft Holdings, die das Ziel verfolgen, dass Einkauf, EDV und ähnliche patientenferne Dienstleistungen nicht mehr an jedem Standort einzeln organisiert werden.

Das Hochschulmedizingesetz soll die rechtlichen Voraussetzungen zur standortübergreifenden Bildung gemeinsamer Fakultäten schaffen.

Ich bin davon überzeugt: Mit dem neuen Hochschulmedizingesetz können wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich NRWs Hochschulmedizin im internationalen Wettbewerb behaupten und auf wichtigen Gebieten bundesweit Spitze werden kann. Den Gesetzentwurf empfehle ich in diesem Sinne Ihrer konstruktiven Beratung.

Von Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) zu TOP 5 – Hochschulmedizingesetz (HMG) – zu Protokoll gegebene Rede:

Wenn man sich das Ergebnis des jetzigen Entwurfs zu einem Hochschulmedizingesetz ansieht, kann man nur nüchtern feststellen: wie ein Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet! Denn wären Sie Ihrer üblichen Freiheitsideologie gefolgt, dann müsste dieser Gesetzesentwurf mehr als nur die vorliegenden Änderungen bei den Leitungsorganen enthalten.

Ein echtes „Privat vor Staat“ hätte den „Verkauf von mindestens einer Universitätsklinik“ bedeutet, wie es ja auch das Roland-Berger-Gutachten empfiehlt, das in Ihrem Auftrag erstellt wurde. Dass es hierzu dann doch nicht gekommen ist, ist dem Vernehmen nach weniger der gewachsenen Einsicht bei Ihnen geschuldet, Herr Pinkwart, sondern vielmehr dem beharrlichen Widerstand von Herrn Linssen. Dafür sind wir dem Finanzminister zunächst einmal außerordentlich dankbar. Schade ist nur, dass die CDU erst jetzt aufgewacht ist und sich der Ausverkaufspolitik von Herrn Pinkwart dort entgegengestellt hat, wo es um den Ausverkauf von Landesbesitz geht.

Wir hätten uns gewünscht, dass sich die Christdemokraten dem Privat-vor-Staat-um-jeden-Preis von Herrn Pinkwart und der FDP genauso vehement und erfolgreich entgegengestellt hätten, als diese bei der Einführung der Studiengebühren und beim sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz den Ausverkauf der Chancengleichheit, der Mitbestimmung und der Freiheit von Forschung und Lehre betrieben haben. Mit den hinlänglich bekannten Folgen für unsere Hochschulen, unsere jungen Menschen und unser ganzes Land.

Aber lassen Sie mich nun auf das Inhaltliche eingehen: Der ganz große Wurf ist ausgeblieben – zum Glück, wie bereits erwähnt. Dennoch stecken in diesem Gesetzesentwurf viele kleine auf den ersten Blick unscheinbare Änderungen, die aber insgesamt verheerende Folgen haben könnten für unsere Universitätsklinik.

Zu nennen sind hier insbesondere: die Verkleinerung des Vorstands, die Veränderung der

Zusammensetzung des Aufsichtsrates und die Stärkung des Vorstands zulasten des Aufsichtsrates. Dies alles zusammengenommen folgt der Linie: Stärkung des externen Einflusses und Rückzug aus der staatlichen Verantwortung.

Dabei ist für mich ganz besonders unverständlich, warum Sie gerade diejenigen Personen aus dem Vorstand herauskomplimentieren, die in Zeiten eines modernen Krankenhausmanagements zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ich meine die Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren. Die sind ja nicht nur die obersten Vorgesetzten des pflegenden Personals. Bei denen laufen doch alle Fäden zusammen, was die patienten- und letztlich auch kundenorientierte Gestaltung der Arbeitsabläufe betrifft.

Wie, so frage ich Sie, Herr Pinkwart, wollen Sie an den Universitätsklinikum denn zu einer modernen prozessorientierten Organisationsstruktur kommen, wenn Sie ausgerechnet diejenigen von der Verantwortung für diese Prozesse ausschließen, die den unmittelbarsten Zugriff darauf haben? Wie wollen Sie zu einem modernen interdisziplinär aufgestellten Management kommen, wenn Sie die Kompetenzen des Pflegemanagements aus der obersten Führungsebene faktisch ausschließen?

Nun, zu Ihrer Entschuldigung könnte man anführen, dass dies ja nicht alles auf Ihrem Mist gewachsen ist. Denn faktisch setzt dieser Gesetzesentwurf nur die Forderungen um, die die kaufmännischen und ärztlichen Direktoren schon seit Jahren an die Politik stellen.

Und deshalb stelle ich fest: Weniger staatliche Verantwortung, mehr Wirtschaftsorientierung, weniger demokratisch legitimierte Mitbestimmung, mehr Einfluss für demokratisch nicht legitimierte Lobbyisten von außen – das sind die zentralen Änderungen in Ihrem Gesetzesentwurf.

Ich hoffe, dass spätestens in der Anhörung auch der CDU klar werden wird, welche Folgen dies für unser Land haben kann.